

»Entscheidungen sind nicht politischer Natur«

Kreisverwaltung weist Windkraft-Kritik aus Borchchen zurück

Kreis Paderborn (WV/bel).

»Entscheidungen zur Genehmigung oder Ablehnung von Windkraftanlagen, wie jetzt in Borchchen erfolgt, sind nicht politischer Natur«, bekräftigt der Rechtsdezernent der Paderborner Kreisverwaltung, Michael Beninde, in einer Erklärung aus dem Kreishaus zur Kritik aus Borchchen an der Haltung des Kreises nach dem Mindener Verwaltungsgerichtsurteil (wir berichteten am Donnerstag). Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Berger hatte unter anderem die Ablehnung des Kreises Paderborn kritisiert, gegen das Mindener Urteil zur Höhenbegrenzung von Windrädern Berufung einzulegen. Damit würden Dinge gegen den Willen der Menschen in Borchchen rücksichtslos durchgesetzt, warf er dem Kreis öffentlich vor. »Verwaltungshandeln darf nicht Stimmungen folgen oder aus dem Bauch heraus geschehen, sondern muss stets auf Recht und Gesetz basieren«, entgegnet wiederum Beninde. Auch am Donnerstag ging der Kreis Paderborn nicht auf das gleichzeitig laufende Verwaltungsgerichtsverfahren bezüglich der Tötung von Eintagsküken ein, in dem er auf Veranlassung des Landes Berufung durch alle Instanzen bis zum Bundesverwaltungsgericht klagt. Hier handele der Kreis auf Landesweisung, so die Aussage aus dem Kreishaus.

Bezüglich der Borchener Windkraftplanung unterstreicht der Kreis jedoch, dass die Genehmigungsbehörde für den Flächennutzungsplan Borchchens die Bezirksregierung in Detmold sei,

und die Rechtmäßigkeit der Flächennutzungspläne in der alleinigen Verantwortung der Gemeinde Borchchen lägen. Dem Kreis Paderborn in irgendeiner Form leidenschaftliches Engagement für Windkraft-Investoren zu unterstellen wie vom SPD-Fraktionsvorsitzenden geschehen, sei eben-

falls nicht haltbar. Fakt sei hingegen, dass »Investoren in den vergangenen Wochen und Monaten dem Landrat und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Paderborner Kreisverwaltung wiederholt Mails zugesandt haben, in denen sie auf das Wüsteste Beschimpft worden seien.«



Das Thema Windkraft bietet auch nach dem jüngsten Mindener Urteil Stoff für Auseinandersetzungen
Foto: Hannemann